

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

MAOS HARTER KURS

Ende Juli machte ein Aufsehen erregendes Bild die Runde durch die Weltpresse: Es zeigte den chinesischen Parteichef *Mao Tse-tung* schwimmend in den Fluten des Jantsekiang, und in dem erläuternden Text wurde erklärt, der 73jährige Mao habe anlässlich des Schwimmfestes in Wuhan, stromabwärts treibend, eine Strecke von fünfzehn Kilometern in etwas mehr als einer Stunde zurückgelegt. Während dieser beachtlichen sportlichen Leistung soll der Kommunistenführer gleichzeitig die Gelegenheit benützt haben, als Lehrer seines Volkes zu walten und die Mitschwimmer sowohl in marxistischer und maoistischer Ideologie unterrichtet als ihnen auch gute Ratschläge in der Technik des Rückenschwimmens erteilt haben. Die gleichgeschaltete chinesische Presse beilte sich, das Ereignis mit blumigen Byzantinismen enthusiastisch zu feiern. Der Personenkult um den alternden Parteichef erlebte neue Höhepunkte.

Pekings «Kulturrevolution»

Das Bild des schwimmenden Mao wurde in einem Augenblick zur Veröffentlichung freigegeben, in dem das kommunistische China eine Periode schwerer innerer Erschütterungen durchmacht. Seit Monaten ist in China ein erbitterter Kampf gegen die — wie es in der offiziellen Terminologie heißt — «bourgeois Dämonen und Monster» im Gange. Es bereitete anfänglich Mühe, durch die Nebelwand der propagandistischen Verteufelung auf den realen Kern der Kontroversen durchzudringen, und auch heute noch sind selbstverständlich nicht alle Details der Auseinandersetzungen bekannt, die sich gegenwärtig in China abspielen. Immerhin schälen sich aus den Mutmaßungen und Spekulationen allmählich die Konturen des Machtkampfes heraus, den die chinesischen Kommunisten untereinander führen.

So scheint seit dem Wiederauftauchen Mao Tse-tungs in der Öffentlichkeit fest-

zustehen, daß die unter der Bezeichnung «Kulturrevolution» durchgeführte Umgestaltung von Mao selbst dirigiert wird. Die Vermutung, Mao sei bereits ausgeschaltet und um sein Krankenlager tobten die *Diadochenkämpfe*, ist widerlegt. Im Gegenteil: Mao scheint alle Anstrengungen zu unternehmen, das von ihm geschaffene System in einer Art und Weise zu verankern, daß es auch über sein Ausscheiden hinaus unauslöschlich mit seinem Namen verbunden bleibt. Er hält die Fäden in der Hand und sucht offensichtlich noch zu Lebzeiten in China eine «klassenlose Gesellschaft» zu etablieren, wobei alle Widerstände gegen dieses utopische Ziel mit einer von einem *fanatischen Messianismus* getragenen Rücksichtslosigkeit beseitigt werden.

Die «Kulturrevolution» erstrebt in ihrer Fernwirkung nichts mehr und nichts weniger als eine *totale Gleichschaltung aller Chinesen*. Das ist ein kühnes Unterfangen, vergleichbar etwa dem Experiment des «Großen Sprungs nach vorn», der in den Jahren 1958/59 gewagt wurde und zu einem so schrecklichen Debakel führte, daß das chinesische Volk noch heute darunter zu leiden hat. Was damals auf wirtschaftlicher Ebene mißlang, soll heute auf kultureller, psychologischer und sozialer Ebene durchexerziert werden. Jedem Spezialistentum wird der Kampf angesagt. Im Zentrum des Fühlens und Denkens jedes Chinesen soll die Ideologie Mao Tse-tungs stehen — der größer erscheint als selbst Marx oder Lenin. Diese Gedankenwelt des großen Führers soll jeder ins Land hinaus tragen. Da aber Maos Ideologie ohne praktische Erfahrung in manueller Tätigkeit nicht verstanden werden kann, sollen die Propagandisten auch zu nützlicher Arbeit angehalten werden: Soldaten, Arbeiter und Bauern sollen zu Philosophen und die Philosophen sollen zu Arbeitern, Soldaten und Bauern werden, alle durchdrungen von dem Glauben an die Ideen des großen Mao und geschult in deren Propagierung.

Der Schlag gegen die Intellektuellen

Die erste Stoßrichtung dieser «Kulturrevolution» ging gegen die Intellektuellen und die Experten aller Richtungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. An den Universitäten wurden radikale *Säuberungen* durchgeführt. Millionen von Studenten wurden gezwungen, ihre Studien zu unterbrechen, um in der Industrie oder der Landwirtschaft tätig zu sein. Wer sich widersetzte oder Kritik übte, den traf der Zorn der obersten Parteiführung. So wurde der Kulturminister *Lu Ting-yi* von seinem Posten entfernt, ebenso der Oberbürgermeister von Peking, *Peng Tschen*. Eine ganze Reihe von Schriftstellern und Wissenschaftlern fielen in Ungnade. Geschickt nützte die Propaganda die Tatsache aus, daß viele Widerstände gegen Mao Tse-tungs rigoroses Gleichschaltungsprogramm aus Kreisen kamen, die früher dem Kuomintang angehört hatten und in Mao mehr den Befreier von ausländischer Bevormundung als den kommunistischen Ideologen erblickten. Das waren nun offensichtlich die «bourgeois» Dämonen, die den Kommunismus Maos bedrohten und ausgeschaltet werden mußten.

«Säuberung» der Armee

Noch stärkere unmittelbare Wirkungen hatte die Ausdehnung der «Kulturrevolution» auf die Armee, der die Aufgabe zugedacht war, als eigentliches *propagandistisches Kader* die Ideen Maos zu popularisieren. Die Berufsoffiziere, die sich gegen diese neue Aufgabe stemmten, wurden abgesetzt. Wichtigstes Opfer dieser «Säuberung» war der Generalstabschef, *Lo Jui-tsching*, seit über vierzig Jahren Parteimitglied, Teilnehmer am «Langen Marsch» von 1934/35, später Chef der Geheimpolizei, Mitglied des Obersten Verteidigungsrates und Vizeverteidigungsminister. Mit ihm hatten eine ganze Reihe weiterer höchster Offiziere der Armee zu gehen. In ihnen traf man gleichzeitig jene militärische Gruppe, die die Auffassung vertritt, im Zeitalter der Atombombe und der Raketenwaffen sei Maos Theorie der *Guerillataktik* nicht mehr unbeschränkt gültig und

müsse revidiert werden. Von der Armee scheinen, angesichts des chinesischen Engagements in Vietnam, die Bestrebungen ausgegangen zu sein, den ideologischen Kampf gegen Moskau abzubrechen, um der sowjetischen Rüstungshilfe nicht verlustig zu gehen.

Lin Piao zweiter Mann des Regimes

Mao Tse-tung hat sich über alle diese realpolitischen Bedenken hinweggesetzt und den innenpolitischen Kampf bis aufs Messer proklamiert. Rechte Hand des Parteichefs in dieser Auseinandersetzung ist Verteidigungsminister *Lin Piao*. In seinem Aufstieg die Anfänge einer größeren Bewegungsfreiheit für die Armee zu sehen, wäre wohl verkehrt. Lin Piao, ebenfalls seit bald vierzig Jahren an der Seite Maos und Veteran des «Langen Marsches», ist nichts anderes als der Vollstrecker des Willens der Kommunistischen Partei. Die Leute Lin Piao haben als Büttel des Regimes die politisch unzuverlässigen Elemente aus den Universitäten vertrieben und damit die avantgardistische Arbeit für die Errichtung der «klassenlosen Gesellschaft» übernommen. Verteidigungsminister Lin Piao selber hat am 18. August an einer Demonstration in Peking Mao in überschwänglichen Worten gefeiert und beteuert, man werde den revolutionären und proletarischen Weg, den Mao vorgezeichnet habe, weiter gehen bis zum siegreichen Ende. Mao revanchierte sich dafür, indem er Lin Piao zu seinem «teuersten und liebsten Genossen» erhob und damit indirekt die Spekulation bestätigte, der Verteidigungsminister sei inzwischen zum *zweiten Mann* des kommunistischen China aufgestiegen.

Niemand wagt zu prophezeien, wohin die «Kulturrevolution» das China Mao Tse-tungs schließlich führen wird. Nach dem Mißlingen der Volkskommunen dürften die Aussichten für diesen neuen Ansatz eines «Großen Sprungs nach vorn» kaum weniger ungünstig sein. Was sich heute abzeichnet, ist zunächst ein «Sprung zurück». Ob es sich dabei um ein *reculer pour mieux sauter* handelt, dürfte sich bald zeigen.

Fast auf den Tag genau, an dem in Peking das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas den verschärften Kurs Mao Tse-tungs guthieß, beging am westlichen Ende des kommunistischen Imperiums Moskaus Statthalter in Ostberlin, *Walter Ulbricht*, die Feier des fünfjährigen Bestehens der Mauer. Der Jahrestag des 13. August 1961 war für Ulbricht persönlich schon seit jeher ein Anlaß zum Feiern, denn damals hatte ihm der Kreml das Plazet zur Abschnürung seiner Republik gegeben, aus der die Bevölkerung Jahr für Jahr in Massen nach dem freien Westen entflohen war. Noch niemals aber hatte Ulbricht sich getraut, seine Mauer — in der sowjetzonalen Terminologie «antifaschistischer Schutzwall» genannt — demonstrativ mit einer Truppenparade festlich zu würdigen. Die zunehmende *Desintegration des Westens*, die Unsicherheit in der Deutschlandpolitik, die sich immer stärker zeigende Resignation der Bundesrepublik in der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung und nicht zuletzt auch eine zunehmende Ernüchterung in der DDR selber haben Ulbricht den Mut gegeben, dieses Mal fast im Angesicht der Mauer eine spektakuläre Kundgebung zu veranstalten. Als vorsichtiger Taktiker hat er davon abgesehen, seine Feier mit irgendwelchen Ankündigungen zu verbinden, die im Westen als neuer Affront hätten ausgelegt werden können. Er beschränkte sich auf die Behauptung, am 13. August 1961 sei in letzter Minute eine Invasion der DDR verhindert worden und übte sich im gewohnten Ritual der sattsam bekannten Angriffe gegen die Bundesrepublik.

Obwohl anfänglich gehegte westliche Befürchtungen damit widerlegt worden sind, bedeutet Ulbrichts Mauer-Feier dennoch eine wichtige *Zäsur in der Deutschlandpolitik*. Seit vor drei Jahren von Berlin aus die «Politik der kleinen Schritte» propagiert und das Schlagwort vom «Wandel durch Annäherung» geprägt worden ist, hat es auf westlicher Seite nicht an Versuchen gefehlt, Ulbricht entgegenzukommen, um die Mauer wenigstens nach einer Seite hin «durch-

läßig» zu machen. So wurden seit Dezember 1963 auf die hohen kirchlichen Feiertage hin Passierscheinvereinbarungen getroffen, um Westberlinern den Besuch ihrer Verwandten im Osten der Stadt zu ermöglichen. Ein Abkommen über den Wiederaufbau der seit dem Kriege zerstörten Saalebrücke bei Hirschberg, über die der Verkehr zwischen München und Berlin geht, wurde erzielt. Alle diese kleinen Schritte mußten vom Westen mit großen finanziellen *Konzessionen* oder juristisch problematischen Übereinkommen erkaufte werden.

Die Hoffnungen hingegen, diese Vereinbarungen würden nur ein Anfang sein und allmählich zu einer Aufweichung der starren Position Ulbrichts führen, haben sich nicht erfüllt. Pankow hat seine relativ günstige Stellung in der Berlinfrage rücksichtslos zu *Erpressungsmanövern* ausgenutzt, die alle darauf hindeuten, daß es letztlich zu nichts anderem bereit ist, als zum Abschluß einer «Konföderation», die gleichzusetzen ist mit der Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Staaten. Die Annäherungsversuche haben nicht nur keinen Wandel in der Haltung des Satellitenregimes in Ostberlin ergeben, sondern die Situation eher noch verhärtet. Niemand wagt mehr, auf ein Entgegenkommen der DDR-Herrscher zu hoffen, nachdem diese die menschliche Notlage ihrer Bevölkerung schamlos zu erpresserischen Aktionen mißbrauchen. Die Mauer könnte nur noch dann «porös» gemacht werden, wenn der Westen bereit wäre, auf die von ihm anerkannten Grundrechte der Freizügigkeit und des politischen Asyls zu verzichten und sich zum Komplizen des ostdeutschen Staatssicherheitsdienstes herabwürdigen lassen würde. Immer stärker dringt ins Bewußtsein, daß die Teilung Deutschlands unter diesen Umständen eine auf lange Frist hinaus *unwiderrufliche Spaltung* bedeutet. Ulbrichts Triumphgeschrei am vergangenen 13. August hat dies auch allen jenen deutlich hörbar gemacht, die in dieser Hinsicht bisher mit Blindheit geschlagen waren. Die Auswirkungen auf die Entwicklung in Deutschland — vor allem in der Bundesrepublik — werden nicht ausbleiben.

Fabius

UNRUHIGES AFRIKA

Die Entwicklung in Afrika ist gegenwärtig durch ein rasches Überhandnehmen der Militärregierungen gekennzeichnet. In Léopoldville, Obervolta, der Zentralafrikanischen Republik, in Dahomey, Nigeria und Ghana hat die Armee in die Politik eingegriffen unter dem Vorwand, eine in den meisten Fällen jämmerliche Situation im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sektor zu beenden. Die scheinbar starken und stabilen Regimes wurden ohne große Schwierigkeiten beseitigt. In dieser Hinsicht ist das Beispiel Ghanas bezeichnend, wo die Armee mit einigen tausend Leuten einen leichten Sieg über die herrschende Partei Nkrumahs davontrug, die mit ihren zwei Millionen Anhängern die bestorganisierte Macht im schwarzen Afrika zu sein schien.

Die geistigen Strukturen sind überall die gleichen geblieben und haben durch die Unabhängigkeit nichts von ihrer Rückständigkeit verloren. Nirgends erscheinen neue Ordnungen, die das Alte ersetzen könnten. Auch die Autorität der Armee ist begrenzt und manchmal prekär, denn sie muß zunächst gegen die Korruption, Afrikas Hauptübel, ankämpfen.

Die überraschende Entwicklung liefert den Schlüssel zu vielem, was seit einem Jahr in Afrika geschehen ist. Es zeigt sich, daß die Bevölkerung im ganzen den politischen Verhältnissen immer noch gleichgültig gegenübersteht und die Funktionäre der Staatsgewalt sich kaum gewehrt haben, als sie zur Aufgabe ihrer Posten gezwungen wurden.

Es ist schwer zu bestimmen, nach welchen Gesetzen sich solch verworrene Ereignisse abspielen. Die Länder West- und Äquatorialafrikas sind trotz gewisser Ähnlichkeiten hinsichtlich Ausdehnung, Entwicklungsstand, Modernisierung, Lebensstandard und politischer Struktur stark verschieden. Allen gemeinsam ist die Erbitterung und die Selbstbesinnung der Armee angesichts der herrschenden Unordnung, sowie der Druck der ländlichen Massen zugunsten der regionalen oder wenigstens der

Stammeseinheit. Das «revolutionäre» Ghana hat in dieser Hinsicht gleich reagiert wie die «gemäßigte» Zentralafrikanische Republik. In diesem letzteren Land scheint der Staatsstreich ausgelöst worden zu sein, um einem Putsch pro-chinesischer Elemente zuvorzukommen, welche die Polizei und Gendarmerie von Bangui durchsetzt hatten, und deren Flucht die Aufgabe des Oberbefehlshabers der Nationalarmee, Oberst Bokassa, erleichterte, der die Macht übernahm, «um die Veruntreuung öffentlicher Gelder und die Korruption der Staatsbeamten zu verhindern». Er kündigte an, Ex-Präsident Dacko werde sich erneut den Volkswahlen stellen, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei.

Dieser für afrikanische Verhältnisse seltene, weil friedliche Staatsstreich hat einer bisher völlig machtlosen Verwaltung eine gewisse Autorität verschafft und wirft ein Licht auf die Wandlungen, die sich im alten, bäuerlichen Afrika anbahnen. Der Armee, als einziger verfügbarer Macht, werden politische Funktionen übertragen, die sie, wie man gerechterweise zugeben muß, nicht selber beansprucht hat. Hin und wieder wird sie beschuldigt, in das konterrevolutionäre oder reaktionäre Lager hinübergewechselt zu haben. Auf dieses Argument beriefen sich die Verschwörer in Léopoldville, die im Mai ein Komplott gegen General Mobutu, den Nachfolger Tschombes an der Spitze des kongolesischen Staates, anzettelten. Es scheint, daß auch die beidseits des Pool stark vertretene Sekte der Kimbanguisten an der Auslösung des Putsches beteiligt war, durch den der Bezwinger des Aufstandes und entschlossene Gegner des chinesischen Einflusses im Kongo gestürzt werden sollte. Die militärische Führung ist hier gegen China eingestellt, ebenso wie in Nigeria, wo unter General Ironsi, dem Präsidenten des Bundesrates, bis vor kurzem ein ziemlich mildes Regime herrschte. In Dahomey, dessen Bevölkerung eine der intelligentesten und anpassungsfähigsten Afrikas ist, verhehlt der führende Mann,

General Soglo, seine Vorliebe für den Westen nicht. Er desavouierte bei der Machtübernahme seinen Vorgänger Apithy, der in unvorsichtiger Weise Beziehungen mit Peking angeknüpft hatte.

In Ghana sind es nach europäischem Muster geformte Offiziere, welche die wichtigsten öffentlichen Funktionen ausüben. Sie haben sich geschickt der Befehlsgewalt bemächtigt, als Präsident Nkrumah nach China flog und General Kotoka in Accra die Führung übernahm. Im allgemeinen erfüllen die militärischen Machthaber ihre Aufgabe mit Voraussicht und Kompetenz. Da sie nicht diskreditiert sind wie das lokale Bürgertum, das sich bei der Erlangung der Unabhängigkeit die besten Posten gesichert hatte, stellen sie in ihren Ländern jene Mittelklasse dar, ohne die kein Staat auskommt.

Die Armee erweist sich so im schwarzen Afrika als die einzige reale Kraft, auf die man zählen kann. Das hat sich einmal mehr in Brazzaville gezeigt, wo sie mit bewaffneten Söldnern im Konflikt steht, die Fidel Castro zur Unterstützung der kongolesischen Revolution entsandte. Aber es ist klar, daß sie nur in dem Maße eine Existenzberechtigung hat, als sie auf die künftige Einsetzung einer Zivilregierung hinarbeitet.

Die «Obersten» verbergen den provisorischen Charakter ihrer Funktionen nicht. Vielleicht sind sie nicht immer aufrichtig, wenn sie dies betonen, aber da ihre Intervention im jetzigen Augenblick sich aufdrängt, muß sie andauern, solange es nötig ist. Diese Übergangsphase, in der die meisten afrikanischen Staaten stehen, ist durch die Opposition der Bauern gekennzeichnet, die sich vor allem gegen Mißbräuche der Administration richtet. Die unpopulären Funktionäre rechtfertigen die Anklagen, welche in den letzten Monaten den Vorwand für wiederholte Angriffe gegen die Regierungsgewalt in mehreren afrikanischen Staaten geliefert haben.

Die öffentliche Hinrichtung der «Pfungstverschwörer» in Léopoldville hat die öffentliche Meinung konsterniert. Die europäischen Kreise, die das Komplott gegen Mobutu mißbilligt haben, bedauern, daß dieser Staatschef, der schon oft seinen Mut

bezeugt hat, in einer ihn persönlich betreffenden Angelegenheit einen rechtmäßigen Prozeß verhinderte und seine Hände mit Blut befleckte.

Beunruhigende Lage in Nigeria

Der Fall des Kongo erscheint einfach, wenn man ihn mit jenem des ehemals britischen Nigeria vergleicht. Hier herrscht die alteingesessene Rivalität zwischen Nord und Süd, zwischen Mohammedanern und mehr oder weniger christianisierten Animisten. Diese Rivalität kostete Sir Abubakar Tafawa Balewa und drei Brigadegenerale das Leben. Auch mehrere Bataillonskommandanten der nigerianischen Armee blieben nicht verschont. Nach einem glaubhaften Gerücht war diese blutige Verschwörung das Werk einiger junger Hauptleute, die sich die im Osten des Landes durch den mächtigen Ibo-Stamm geschürten lokalen Fehden zunutze machten. Außerdem war der Einfluß eines geheimen chinesischen Subversionsapparates spürbar. Die durch politische Missionen aus den Ostländern instruierten und von algerischen und ägyptischen Agitatoren aufgehetzten revolutionären Elemente gewannen ohne Mühe das Vertrauen der ländlichen Massen, die ähnlich wie in Ghana durch eine intensive Propaganda im Banne gehalten wurden.

Die Ruhepause, die in Nigeria auf die Machtergreifung General Ironsis folgte, genügte nicht, um ein Klima zu schaffen, das einem dauerhaften sozialen Frieden günstig gewesen wäre. Die Regierung von Lagos, die sich über die gegenwärtige, durch die Ausschaltung der politischen Parteien kaum veränderte Lage keine Illusionen macht, ist dem ständigen Druck der Gewerkschaften ausgesetzt, die nicht gewillt sind, auf ihr gewohntes Übergewicht zu verzichten. Die Folge ist eine Verschärfung der Wirtschaftskrise in einem Land, das eines der am dichtesten bevölkerten und reichsten des schwarzen Afrika ist, und das nur dank des Kapitals großer Gesellschaften und mit amerikanischer Hilfe überlebt.

Nun hat kürzlich eine Militärrevolte in

Lagos die Macht der Armee in Nigeria neuerdings in Frage gestellt. Der seit Anfang des Jahres amtierende Staatschef, General Ironsi, wurde von Aufwiegern in Ibadan entführt und ist verschwunden. Nach den letzten Nachrichten aus London, die *Le Monde* vom 2. August bestätigt, soll er in den ersten Stunden des Aufstandes ermordet worden sein. Dieser neue Putsch, der einmal mehr die unausrottbare Feindschaft zwischen den politischen Gruppen und die Stammesrivalitäten in den unterentwickelten Ländern Afrikas bezeugt, stellt jene afrikanischen Regierungen, die sich in den Händen der Armee befinden, vor schwere Probleme.

Es scheint, daß in Nigeria die seit der Unabhängigkeit ausgebildeten jungen Offiziere sich durch die Machtposition General Ironsis in ihren Vorrechten beeinträchtigt fühlten. Sie werfen ihm vor, er habe zugunsten einer voreiligen Vereinheitlichung das föderalistische Regime beseitigen wollen. Während die Geschäftskreise den Staatschef unterstützten, wünschten die jungen Offiziere eine radikale Lösung der Probleme, die sich einem Land stellen, in dem sich Elend und Überfluß gegenüberstehen. Der Aufstand von Ibadan unterscheidet sich kaum von der verbrecherischen Vendetta, der im Januar Sir Abubakar Tafewa Balewa zum Opfer fiel. Es ist ziemlich sicher, daß die pro-westliche Ausrichtung, die General Ironsi der nigerianischen Politik gab (er war Gardeoffizier der Königin Elisabeth), am Ursprung der Rebellion steht. Die Situation wird dadurch erschwert, daß die nigerianische Bevölkerung, die größte aller afrikanischen Republiken, mehr als fünfzig Millionen zählt, und daß man in der Gegend von Ibo, aus der General Ironsi stammte, bedeutende Erdölvorkommen entdeckt hat.

Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Regierung im Kongo-Brazzaville mit zahllosen Schwierigkeiten und einer wachsenden inneren Krise auseinanderzusetzen hat. Als im Juni der Staatschef, Massemba-Debat, in Madagaskar an einer Konferenz afrikanischer Regierungschefs weilte, entstand plötzlich ein verbissener Wettstreit um die Macht zwischen

den Vertretern einer relativ gemäßigten Planung und den unnachgiebigen Verfechtern des «wissenschaftlichen Sozialismus» (worunter die vorherrschende pro-chinesische Tendenz zu verstehen ist), der durch die extremen Elemente das Mouvement National de la Révolution (M.N.R.) gefördert wird. Diese Bewegung, die vor allem in der kongolesischen Jugend über Anhänger verfügt, vermochte das Primat der Partei über den Staat durchzusetzen und so die vom M.N.R. vertretenen chinesischen Thesen zu verstärken. Bei diesem Kampf um das Schicksal eines kleinen Landes steht viel auf dem Spiel, weil der Kongo-Brazzaville von französisch sprechenden Staaten umgeben ist, in denen der Einfluß Frankreichs immer noch dominiert. Dieses afrikanische Paradox, zusammen mit den ständigen Stammesfehden, mag erklären, daß in Léopoldville, wie in den meisten afrikanischen Republiken, die Macht in den Händen eines einzigen Verantwortlichen, nämlich General Mobutus, konzentriert ist.

Die überstützte Unabhängigkeit des ehemals belgischen Kongo erlaubte es den seit 1960 amtierenden Regierungen nicht, stabile Verhältnisse zu schaffen. Weder Lumumba, noch Adoula, noch Tschombe (trotz seiner unbestreitbaren Qualitäten) vermochten die latente Anarchie zu bannen und ein politisches Regime einzurichten, das die Gesetze und die in zivilisierten Ländern gebräuchlichen Regeln respektiert. Das abscheuliche Schauspiel, das der kongolesischen Bevölkerung anlässlich der Hinrichtung der Verschwörer trotz diplomatischer und kirchlicher Intervention vorgeführt wurde, bezeugt eine kollektive Psychose, welche die zuerst verblüffte, dann heulende Masse erfaßte. Es zeigt aber auch den immer noch großen Abstand der afrikanischen Mentalität gegenüber jener irgend eines westlichen Landes. Die Intelligenz eines Senghor in Senegal oder das menschliche Geschick eines Houphouët-Boigny an der Elfenbeinküste haben es noch nicht vermocht, die Differenzen auszugleichen, die im selben Land die verschiedenen Stämme voneinander trennen und in Konflikt bringen. Die Ungleichheit in Bildung und Mo-

dernisierung verstärkt diese ethnischen Unterschiede, die durch den zu raschen Übergang zu demokratischen Institutionen bereits verschärft wurden. Das schwarze Afrika ist eine Welt, die den Westen schlecht nachahmt, und die oft durch Scheinhaftes

irreführt wird. Unser Wortschatz genügt nicht, um alles Trennende auszudrücken, weil er das, was den wirklichen Rahmen und das Eigenleben der Afrikaner ausmacht, nicht erfaßt.

Jean de Saint-Chamant

Man muß annehmen, daß der Zwang zum Handeln bis 1985 politische Formen geschaffen haben wird, die den afrikanischen Verhältnissen entsprechen. Die politischen Einrichtungen vieler, wenn nicht der meisten afrikanischen Staaten werden sich sowohl von denen Westeuropas wie auch des Ostblocks unterscheiden. Je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zwischenzeit bessern (und das hängt sehr stark davon ab, daß ein regelmäßiger Strom an Entwicklungshilfe gewährleistet ist), desto weniger radikal werden wahrscheinlich die politischen Wandlungen sein.

Ein höheres Maß an Zusammenarbeit einschließlich einer Anzahl von Zollunionen und Föderationen läßt sich voraussagen, vielleicht sogar eine große Föderation, die die wichtigsten Teile des Kontinents umfaßt. Das ist die Voraussetzung für die notwendige Industrialisierung. Es wird ein Nachrichtennetz geschaffen werden, und fast mit Sicherheit ein kontinentales Eisenbahnnetz sowie gute Autostraßen, auf denen man bequem durch die Sahara und den tropischen Urwald fahren kann.

Robert Gardiner

(aus Unsere Welt 1985, Verlag Kurt Desch, München 1965)